

# A m t s b l a t t

Kreisstadt



Steinfurt

---

Ausgegeben am: **31. Januar 2013**

Nr.: **02/2013**

---

INHALT:

---

Lfd. Nr.	Datum	Titel	Seite/n
4	17.01.2013	Satzung zur Bestimmung der Zahl der Vertreter/innen im Rat der Kreisstadt Steinfurt ab der Wahlperiode 2014 vom 17.01.2013	12-13
5	25.01.2013	Bekanntmachung des Entwurfs der Haushaltssatzung der Kreisstadt Steinfurt für das Haushaltsjahr 2013	14
6	28.01.2013	Bebauungsplan Nr. 55 „nördlich Kläranlage Nord / südlich L 590“ – 3. Änderung – der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Änderung gem. § 1 (8) BauGB	15-18

---

**Satzung**  
**zur Bestimmung der Zahl der Vertreter/innen**  
**im Rat der Kreisstadt Steinfurt ab der Wahlperiode 2014**  
**vom 17.01.2013**

Aufgrund von § 7 Abs. 1 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 18.08.2012 (GV NW S. 436) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Gesetzes für die Kommunalwahl im Lande Nordrhein-Westfalen (KWahlG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.06.1998 (GV NW S. 454, ber. Seite 509) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Mai 2011 (GV NRWS. 238) hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt am 13.12.2012 beschlossen:

§ 1

Für die Wahlen zum Rat der Kreisstadt Steinfurt ab dem Jahr 2014 wird die gesetzlich zulässige Zahl der zu wählenden Vertreter/innen von 44 um 6 Personen auf 38 Personen verringert.

Die Zahl der Wahlbezirke wird von 22 um 3 auf 19 Wahlbezirke verringert.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 15 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 18.12.2009 (Abl. 26/2009, S. 353-361) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

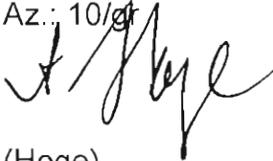
Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 17.01.13

Az.: 10/gr



(Hoge)  
Bürgermeister

**Bekanntmachung des Entwurfs der Haushaltssatzung  
der Kreisstadt Steinfurt für das Haushaltsjahr 2013**

Aufgrund des § 80 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW Seite 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.09.2012 (GV NRW Seite 436 ff), wird bekanntgemacht, dass der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Steinfurt für das Haushaltsjahr 2013 mit Anlagen ab 04.02.2013 während der Dienststunden (montags bis donnerstags in der Zeit von 8.30 bis 12.30 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr sowie freitags von 8.30 bis 12.30 Uhr) im Rathaus, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Zimmer 132, zur Einsicht öffentlich ausliegt.

Einwendungen können innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung von Einwohnern und Abgabepflichtigen dem Bürgermeister der Stadt Steinfurt, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, schriftlich zugeleitet oder mündlich zu Protokoll gegeben werden.



Andreas Hoge  
(Bürgermeister)

## **Bekanntmachung**

### **Bebauungsplan Nr. 55 „nördlich Kläranlage Nord / südlich L 590“**

#### **– 3. Änderung – der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst**

hier: Änderung gem. § 1 (8) BauGB

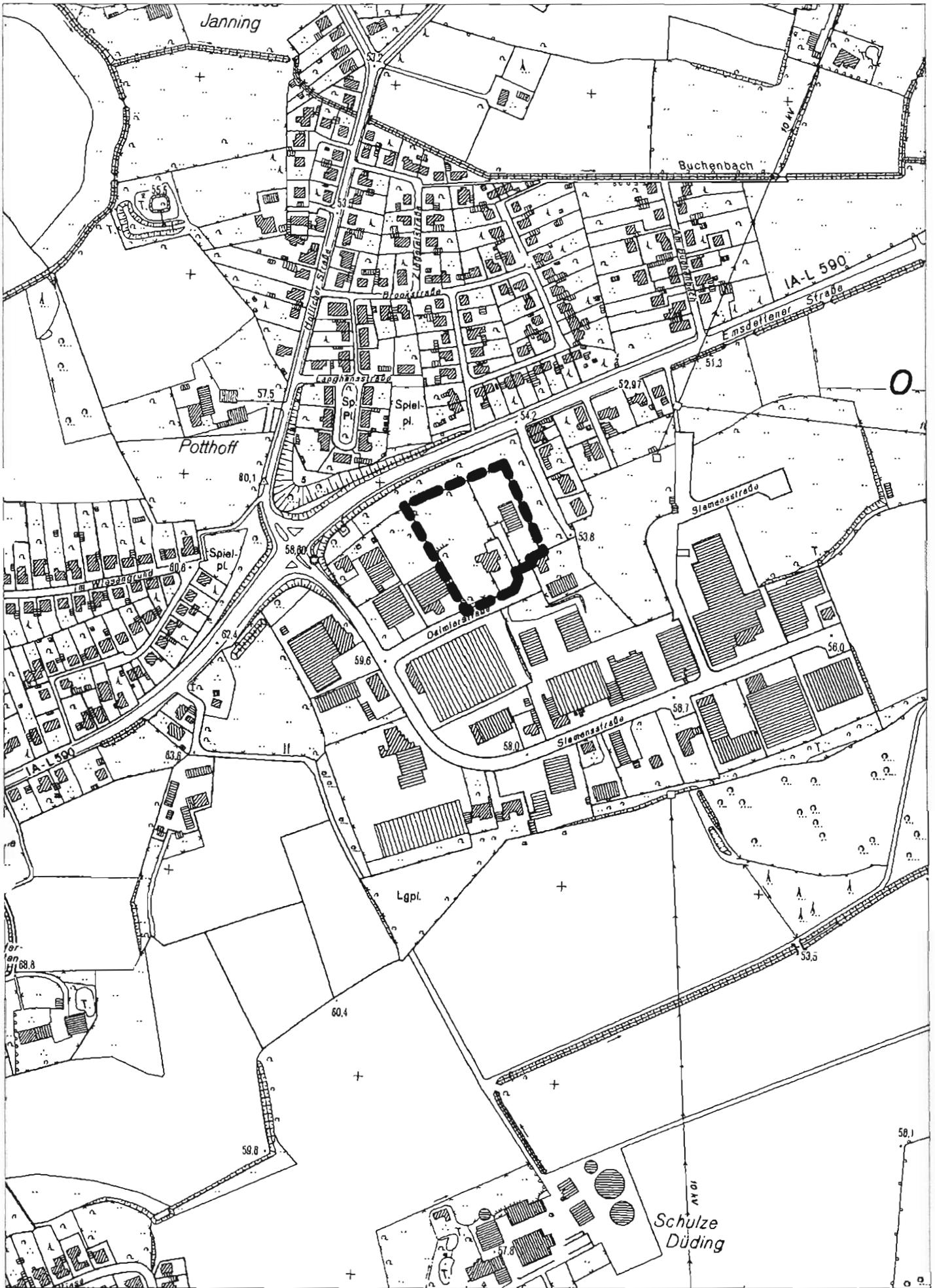
Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 13.12.2012 den nachstehend aufgeführten Beschluss gefasst:

„Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 55 „nördlich Kläranlage Nord / südlich L 590“ wird für den Bereich der Grundstücke an der Daimlerstraße, Flur 28, Flurstücke 729, 730 und 897 – 899, Gemarkung Borghorst, zur Erlangung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung gem. § 1 (8) BauGB geändert.

Bei Beibehaltung der Art der baulichen Nutzung soll das Maß der baulichen Nutzung in Bezug auf die überbaubaren Grundstücksflächen, die Verkehrsflächen und die Geschossigkeit städtebaulich neu geordnet werden.“

Der Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 55 „nördlich Kläranlage Nord / südlich L 590“ ist in den beigegeführten Kartenausschnitten eindeutig dargestellt.

*(Fortsetzung siehe nächste Seite)*



Übersichtsplan  
(ohne Maßstab)



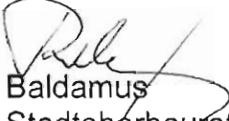


Vorstehendes wird hiermit gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) und § 15 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 17.12.2009 (Abl. 26/2009, S. 353-361) öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 28. Januar 2013

Kreisstadt Steinfurt  
Der Bürgermeister  
Az.: III/61-26-09/nh

Im Auftrag

  
Baldamus  
Stadtoberbaurat